

# Berliner Schulen: Keine Unterschrift unter den Privatisierungsvertrag!

Am 20. Dezember sollen zehn BezirksbürgermeisterInnen den Privatisierungsvertrag zum Schulbau unterschreiben. Passiert dies, würde der 20. Dezember 2018 zum „Tag der Berliner Schulprivatisierung“ – ein ähnlich folgenschweres Ereignis wie die Unterzeichnung der Verträge zur Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe 1999.

**Das kann noch verhindert werden, wenn die Bezirksbürgermeister nicht unterschreiben und stattdessen Bedenken anmelden** – wie das Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf schon vorgemacht haben.

Schreibt an die BezirksbürgermeisterInnen:

## „Keine Unterschrift unter den Privatisierungsvertrag!“

[Monika.Herrmann@ba-fk.berlin.de](mailto:Monika.Herrmann@ba-fk.berlin.de)

[helmut.kleebank@ba-spandau.berlin.de](mailto:helmut.kleebank@ba-spandau.berlin.de)

[bezirksbuergemeister@ba-mitte.berlin.de](mailto:bezirksbuergemeister@ba-mitte.berlin.de)

[bzbm@ba-ts.berlin.de](mailto:bzbm@ba-ts.berlin.de)

[oliver.igel@ba-tk.berlin.de](mailto:oliver.igel@ba-tk.berlin.de)

[soeren.benn@ba-pankow.berlin.de](mailto:soeren.benn@ba-pankow.berlin.de)

[bzbm@bezirksamt-neukoelln.de](mailto:bzbm@bezirksamt-neukoelln.de)

[buero.bezirksbuergemeisterin@ba-mh.berlin.de](mailto:buero.bezirksbuergemeisterin@ba-mh.berlin.de)

[michael.grunst@lichtenberg.berlin.de](mailto:michael.grunst@lichtenberg.berlin.de)

[cerstin.richter-kotowski@ba-sz.berlin.de](mailto:cerstin.richter-kotowski@ba-sz.berlin.de)

Fr. Herrmann

Hr. Kleebank

Hr. v. Dassel

Fr. Schöttler

Hr. Igel

Hr. Benn

Hr. Hikel

Fr. Pohle

Hr. Grunst

Fr. Richter-Kotowski



---

## Was beinhaltet das Konzept „Berliner Schulbauoffensive (BSO) mit Einbindung der HOWOGE mbH“ im Detail?

Land und **Bezirke sollen Erbbauverträge unterzeichnen, die 37 Jahre lang laufen – also bis 2056** (noch über sieben weitere Legislaturperioden). Niemand überblickt heute alle Folgen.

Land und Bezirke geben ca. die Hälfte des Schulbaus der kommenden 10 Jahre an die HOWOGE ab, ca. 1,5 Mrd. Euro. Die Schulgebäude gehen in das Eigentum der Howoge über, mit allen zugehörigen Konsequenzen. Sie müssen später zurückgekauft werden. **Das ist die formelle Privatisierung dieses Bereichs<sup>1</sup>**, sie wird verschärft durch Elemente funktionaler Privatisierung, darunter die Finanzierungsprivatisierung (teure Kredite vom Kapitalmarkt) und die Weitergabe vieler – oder auch aller! – Schulbau-Aufträge an private Großkonzerne.

---

<sup>1</sup> Das bestätigen selbst die Gutachter des Finanzsenators (Prof. Hermes, Prof. Beckers u.a.)

# Was beinhaltet das Konzept „BSO plus HOWOGE“?

Die Schulen werden von den Bezirken zurückgemietet (Sale-and-lease-back). **Die Bezirke gehen die Verpflichtung, zurückzumieten, schon heute ein - obwohl die Miethöhe noch gar nicht klar ist.** Dass es sehr hohe Kosten sein werden ist aber schon sicher: Allein mit den Kostenprognosen liegt die HOWOGE schon jetzt beim vierfachen dessen, was ein Schulplatz im Bundesdurchschnitt kostet (> 70.000 Euro pro Schulplatz statt 16.990 Euro)!

Die Bezirke müssen „Einredeverzicht“ leisten. Das bedeutet: **Die Bezirke müssen immer Miete zahlen, egal ob bauliche Mängel bestehen**, ob die Schule nicht mehr gebraucht wird. Die Bezirke müssten sogar weiter Miete zahlen, wenn sie geschlossen oder abgebrannt wäre.

**Der Privatisierungsvertrag bietet keinen Schutz vor weiterer materieller Privatisierung.** Es gibt kein Veräußerungsverbot der HOWOGE oder der Erbbaurechte im Privatisierungsvertrag und auch keinen Schutz der Schulen vor Verwertung bei Insolvenz. Damit sind die Schutzmaßnahmen schlechter als beim Verkauf der Karl-Marx-Alle! Die nächste (schwarz-gelb-blaue) Regierung kann mit einfacher Mehrheit sofort verkaufen! Die „kleine privatisierungsbremse“ schützt viel schlechter als ein Veräußerungsverbot im Vertrag!

**Die Einbindung der HOWOGE wird schlimme Folgen für viele Beschäftigte in Berlin und Brandenburg haben.** Nur gut ein Dutzend Großkonzerne (viele mit Hauptanteilseigner BlackRock) kommen zum Zug. **Diese Konzerne haben stets Schwarzarbeit und Lohndumping im Schlepptau.** Baugewerbe und Planungsbüros vor Ort gehen leer aus und müssen womöglich entlassen. Der Betrieb der HOWOGE-Schulen wird sogar komplett materiell privatisiert. LehrerInnen müssen in Baustellen unterrichten, völlig ohne Mitbestimmung.

Die Privatisierung ist nicht nur falsch, sondern auch unnötig. **Das Geld für den Schulbau ist da, es steckt heute schon im SIWANA-Fonds!** Finanzsenator Kollatz verstößt zum wiederholten Male gegen den Koalitionsvertrag („nur 80 Mio. Euro Schulden pro Jahr tilgen“), denn er tilgt mehr als das Zehnfache: 1.000 bis 1.400 Mio. Euro pro Jahr. Gleichzeitig will Finanzsenator Kollatz 1.500 Mio. Euro in einen teuren, intransparenten und riskanten Schattenhaushalt stecken – das ist unverantwortlich!

Die HOWOGE könnte Schulen bauen, ohne dass sie das Erbbaurecht und das Eigentum an den Schulgebäuden bekommt! **Man kann die HOWOGE als Baudienstleister problemlos in den Schulbau einbeziehen.** Wie übrigens auch die anderen Wohnungsbaugesellschaften.

Die Basis der drei Regierungsparteien will dieses Modell nicht! **Es gibt von jeder der drei Parteien SPD, LINKE und Bündnis 90/Die Grünen einen Landesparteitagsbeschluss gegen die Schulprivatisierung.** Das aktuelle Modell mit der Einbindung der HOWOGE verstößt an mindestens einem zentralen Punkt jeden dieser Beschlüsse:

- **SPD:** „Schulen: Öffentliches Eigentum, öffentliche Verwaltung, öffentliche Finanzierung!“
- **LINKE:** „Schulen: Transparenz, Offenlegung alle Verträge und Vertragsentwürfe!“
- **Bündnis 90/Die Grünen:** „Schulen: HOWOGE nur als Baudienstleister einbeziehen!“

**Helft mit, die Schulprivatisierung noch zu stoppen! Schreibt bis zum 20. Dez. an eure Bürgermeisterin, euren Bürgermeister!**